



Integrationsdebatten in Deutschland

Seit im Spätsommer 2010 *SPIEGEL* und *BILD* Auszüge aus Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* veröffentlicht haben, diskutierte zunächst die mediale und in Folge eine breite Öffentlichkeit die Fragen, ob ‚die Integration‘ in Deutschland gescheitert sei, über die Integrationsfähigkeit ‚des Islam‘ und ob Deutschland von Zuwanderung profitiert habe bzw. weitere Zuwanderung brauche. Anders als von vielen zunächst vermutet, war die Diskussion nicht nach kurzer Zeit wieder abgeebbt, sondern hält auch im Jahr 2011 noch an.

Sarrazins Thesen zur Intelligenzforschung sowie zur angeblich genetisch bedingt niedrigeren Intelligenz der Unterschicht und bestimmter Zuwanderergruppen – insbesondere aus dem islamischen Kulturkreis, aber auch aus Süditalien und dem Balkan –, sein Weltbild, das Menschen nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen bewertet, stießen einerseits auf schroffe Ablehnung, seine Thesen zu Ausländer/innen und insbesondere zu Muslim/innen fanden aber auch breite Zustimmung.¹

Wer der Debatte folgte, konnte immer wieder hören, zumindest sei es das Verdienst Sarrazins, Fragen zu stellen und Integrationsprobleme zu benennen, die bislang – auch aus einem Bemühen um politische Korrektheit - zu wenig thematisiert worden seien.² Der folgende cursorische Rückblick in die Debattenkultur und die Folgen für die jeweilige Ausländer- und Integrationspolitik zeigt allerdings, dass auch vor Sarrazin teils heftige Debatten zum Thema geführt wurden und die Grenzen politischer Korrektheit nur zu oft übertreten wurden.

1 Migrationsdebatten, Ausländer- und Integrationspolitik seit 1950

Die Zuwanderung von Ausländer/innen in den 1950er Jahren war von der Wirtschaft gewollt, stieß aber in weiten Teilen der Bevöl-

Herausgegeben von
Deutscher Caritasverband e.V.
Abteilung Soziales und Gesundheit
Referat Migration und Integration
Dr. Elke Tießler-Marenda
Stand: 1.4.2011

Kontakt:
Telefon-Durchwahl (07 61) 2 00-371
Elke Tießler-Marenda@caritas.de

Postfach 4 20, 79004 Freiburg i. Br.
Karlstraße 40, 79104 Freiburg i. Br.
Lorenz-Werthmann-Haus
Telefon-Zentrale (07 61) 2 00-0
Telefax (07 61) 2 00-7 33

kerung auf Ängste und Widerstände. Seit den frühen 1960er Jahren hatten sich Medien und in der Folge auch die Politik verstärkt mit der Situation der (in Abgrenzung zu den Fremdarbeitern des Dritten Reichs) so genannten ‚Gastarbeiter‘ und den Folgen der Zuwanderung befasst. 1966 kam es zu umfangreichen Protesten und sogar zu Streiks, nachdem die *BILD* provokativ getitelt hatte: „Gastarbeiter fleißiger als Deutsche Arbeiter?“³. In der Reaktion auf besagte Schlagzeile brach sich die Angst, ‚die [fleißigeren] Ausländer nähmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg‘, und vor ‚Überfremdung‘ Bahn.⁴ Die Proteste und Ängste wurden auch politisch genutzt, etwa indem FDP und Union gewerkschaftliche Forderung nach einer Senkung der Wochenarbeitszeit abzuwehren suchten, indem Mehrarbeit als Alternative zur Ausländerbeschäftigung ausgespielt wurde.⁵ Im Jahr 1966 lehnten laut einer infas-Umfrage 73 % der Befragten weitere Zuwanderung ab und erzielte die NPD erste Wahlerfolge bei Landtagswahlen.⁶ Insgesamt wurde die Politik dadurch aber noch nicht auf breiter Ebene beeinflusst.⁷

Hauptthemenfelder der Medienberichterstattung über Zuwanderer/innen waren in den 1960er Jahren Arbeitsmarkt, Kriminalität und Geschlechterbeziehungen. Bildung, Wohnen oder Kultur spielten hingegen kaum eine Rolle,⁸ beziehungsweise wenn überhaupt als Begründung des nun erstmals formulierten „Gastarbeiterproblems“⁹, das mit deren ‚Andersartigkeit‘ sowie den finanziellen Belastungen durch die Einschulung der ‚Gastarbeiterkinder‘, die Nachfrage nach Wohnraum und zukünftige Rentenzahlungen begründet wurde.¹⁰

Integrationspolitisch war die deutsche Politik von der Vorstellung bestimmt, Deutschland sei kein Einwanderungsland – entsprechend waren die Rahmenbedingungen gestaltet. So setzte sich das BMI in der ersten Hälfte der 1960er Jahre dafür ein, Familiennachzug auszuschließen oder wenigstens zu begrenzen, um dadurch Ansiedlungstendenzen zu verhindern.¹¹ Schon in den 1960er Jahren hatte allerdings die Massenpresse die langfristige Perspektive der Einwanderung zum Thema gemacht. Die *BILD* forderte eine für die Eingliederung zuständige Oberbehörde und, dass die „Gastarbeiter alles tun, um ihren Anpassungswillen zu beweisen. Sie sollten Deutsch lernen und versuchen, in der Öffentlichkeit nicht aufzufallen.“¹² Und der damalige Caritaspräsident stellte fest: „Familiennachführung, Kindergärten, Einschulung – das geht auf einen Dauerzustand hinaus.“¹³ Trotz lauter werdenden Forderungen nach einem umfassenden Konzept,¹⁴ wurden erst 1970 seitens der damaligen Bundesregierung *Grundsätze zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer* vorgelegt.¹⁵

Seit Anfang der 1970er Jahre wurden die Folgen der Einwanderung zunehmend auf breiter politischer Ebene problematisiert. Es wurde nicht länger die „Unverzichtbarkeit der Gastarbeiter“ unterstrichen, sondern die „Grenze der Aufnahmefähigkeit“ postuliert.¹⁶ Mit den zunehmenden Problemen auf dem Arbeitsmarkt nahm die Angst vor sozialen Konflikten ebenso zu, wie die erstmals in dieser Form formulierte Sorge um die „nationale Identität“¹⁷. 1972 brachte Josef Stingl¹⁸ das bis heute genutzte Bild ins Spiel, das die Zuwanderung aus der Türkei mit der Belagerung Wiens assoziiert bzw. dem Versuch den 1683 vor Wien gestoppten Eroberungszug der Türkei zu vollenden.¹⁹ Es kamen zunehmend Stimmen auf, die die Gastarbeiterbeschäftigung als überflüssig und teuer ansahen und davor warnten, dass wegen der hohen Kinderzahl der Gastarbeiter ein „Umkippen“ der Bevölkerung zu befürchten sei.²⁰ Aus ehemals willkommenen Arbeitskräften war in der öffentlichen Wahrnehmung endgültig ein soziales und gesellschaftliches ‚Problem‘ geworden.²¹

1978 wurde mit Heinz Kühn erstmals ein „Beauftragter der Bundesregierung zur Förderung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“ benannt. 1979 stellte er in seinem berühmt gewordenen *Memorandum zum Stand und zur Weiterentwicklung der Integration* einen „alarmierenden Befund“²² fest: Die Politik dürfe nicht länger die durch die Zuwanderung notwendig gewordenen „sozial- und gesellschaftspolitischen Postulate nachrangig“²³ behandeln. „Undifferenzierte Konzeptionen einer Integration auf Zeit sind in sich widersprüchlich und unrealistisch.“²⁴ „Wenn Integration eine wirkliche Zukunftsperspektive eröffnen soll, darf sie nicht als Provisorium ausgestaltet und angeboten werden.“²⁵ Für vordringlich hielt er Verbesserungen im Bildungs- und Ausbildungsbereich, der Wohnsituation sowie der rechtli-

chen und sonstigen Rahmenbedingungen.²⁶ Die Realisierung der von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen sei allerdings mit finanziellen Anstrengungen verbunden.²⁷ Dies mag ein Grund sein, warum trotz dieser mahnenden, zukunftsweisenden Worte in der Folge zu wenig geschehen ist.

1973 war es zum Anwerbestopp gekommen, seit den 1980er Jahren setzte die offizielle Ausländerpolitik weniger auf Integrations- sondern auf Rückkehrförderung.²⁸ Das Ziel einer Senkung der Ausländerzahl wurde aber nicht erreicht. Es kam in den folgenden 3 Jahrzehnten vielmehr zu erheblicher Zuwanderung. Zwischen 1973 und 1996 verdoppelte sich die Ausländerzahl von 3,9 Mio. auf 7,9 Mio.²⁹ Zurückzuführen war das zunächst auf verstärkten Familiennachzug: Bis 1975 stieg die Zahl der Familienangehörigen auf 2,1 Mio.³⁰ Damit stellten sie rund die Hälfte der damals 3,9 Mio. Ausländer/innen in Deutschland.³¹ In Folge dessen wurden nach intensiven Debatten die Regelungen zur Familienzusammenführung verschärft, indem 1981 das Nachzugsalter der Kinder von 18 auf 16 Jahre gesenkt, der Ehegattennachzug beschränkt und eine Wartezeit der Ehegatt/innen beim Zugang zu Beschäftigung eingeführt wurde.³² Es findet mithin, anders als in der aktuellen Debatte oft suggeriert, schon seit Jahrzehnten keine unregelmäßige Zuwanderung von Familienangehörigen statt.

Bis Ende der 1980er Jahre war es nicht gelungen die Gesellschaftspolitik sowie insbesondere den Bildungs- und Ausbildungsbereich an die gewachsene Vielfalt der Bevölkerung anzupassen. So konnte *Der SPIEGEL* in seiner Serie „Einwanderungsland Bundesrepublik“³³ im Jahr 1989 feststellen: „Ob die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist oder nicht - nirgendwo sonst erweist sich der Bonner Politiker-Streit um dieses Thema als ähnlich vorgestrichelt wie an den Schulen des Landes.“³⁴ Diskutiert wurde damals u.a. über „Fremdenangst“³⁵, Spätaussiedler/innen und „Scheindeutsche“³⁶ sowie extrem hohe Anteile von Ausländer/innen mit Sprachproblemen in den Schulen. Themen waren weiter, dass Deutsche zum Teil Fremde an den eigenen Schulen würden und dass die Chancen ausländischer Schüler/innen auf einen Ausbildungsplatz (unverändert) schlecht seien.³⁷ Weiter erhitzte das Thema „Ausländerkriminalität“ als „politisches Reizthema“³⁸ die Gemüter. Der Kriminologe Christian Pfeiffer wird zitiert: „wenn je ein soziales Problem voraussehbar war, dann die höhere Gefährdung junger Ausländer. Schon vor zehn Jahren haben Experten davor gewarnt, dass in den Ausländerghettos eine Generation der Hoffnungslosigkeit heranwachsen.“³⁹ Sich frühzeitig um deren soziale Lage zu kümmern, würde erhebliche Folgekosten für Resozialisierung sparen.⁴⁰

In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren bestand das Gros der Zuwanderung aus Spätaussiedler/innen und Asylsuchenden⁴¹. Insbesondere gegen letztere richtete sich ein zunehmender Unmut in der Bevölkerung, der schließlich in einer „hysterisch geführten Diskussion“⁴², Rassismus und offener Gewalt eskalierte.⁴³ Asylsuchende wurden in der renommierten Welt am Sonntag als „Sozialtouristen“ diffamiert⁴⁴ - ein Begriff der bis heute entsprechend genutzt wird⁴⁵. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen stehen ebenso als Symbole für die aufgeheizte Debatte und eine Welle rassistischer Gewalt zu Beginn der 1990er Jahre wie die Wahlerfolge der Republikaner. Die Angst vor einer „durchraßten Gesellschaft“⁴⁶ ging um, 1991 wurde der Begriff ‚Ausländerfrei‘ noch vor diesem Begriff zum Unwort des Jahres gekürt. Als Reaktion auf Ängste vor ‚Überfremdung‘⁴⁷, die sich in Debatten der 1980er und 90er Jahre widerspiegeln, betonte der damalige Bundeskanzler Kohl⁴⁸, Deutschland sei kein Einwanderungsland.⁴⁹ Entsprechend war auch das Ausländerrecht restriktiv und nicht auf Integration angelegt.⁵⁰ 1993 kam es – auch in Reaktion auf diese Gewalt und Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien - nach heftigen politischen Auseinandersetzungen zum Asylkompromiss.⁵¹

Parallel zu dieser Abgrenzung den Eingewanderten gegenüber wurde von Politik und Wissenschaft wiederholt betont, dass die Wähler/innen auch von eindeutig ausländerfeindlichen Parteien nicht generell als ausländerfeindlich oder rassistisch angesehen werden dürften. Es handle sich zu einem erheblichen Teil um ein von „sozialer Angst bewegtes Potential“.⁵² Es sei notwendig, deren Ängste ernst zu nehmen. Als Antwort auf diese Ängste boten insbesondere konservative Vertreter/innen der damaligen Bundesregierung allerdings vor allem konsequente

Zuwanderungskontrolle und Abschiebung abgelehnter Asylbewerber/innen⁵³ und suggeriert damit letztlich, dass die Ängste berechtigt seien. Empirische Betrachtung von Migration und Integration und differenzierte Problemanalysen blieben Themen allein der Wissenschaft, eine darauf beruhende Integrationspolitik fand nicht im notwendigen Maß statt. So musste die damalige „Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer“ Cornelia Schmalz-Jacobsen, die zum Ende ihrer Amtszeit das Memorandum *Integration – Grundvoraussetzung ohne Alternative*⁵⁴ vorlegte, u.a. das Fehlen einer klaren Beschreibung von Mindestanforderungen für die soziale Integration bemängeln.

Ein Erbe der 1990er Jahre ist auch, dass Migration regelmäßig mit Bildern wie Flut, Schwemme oder Sturm assoziiert wird.⁵⁵ Spätestens seit dem Film *Der Marsch* von 1990 scheint es eine ‚allgemeingültige Wahrheit‘, dass Europa vor einem „Ansturm der Armen“⁵⁶ aus Afrika steht – obwohl Afrikaner bis heute tatsächlich nur ein Bruchteil der weltweiten Migration stellen.⁵⁷ Die damals geweckten Ängste vor einer ‚Überflutung‘ Deutschlands sind bis heute lebendig, obwohl Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre kein nennenswertes Zuwanderungssaldo mehr hat, sondern im Gegenteil in den letzten Jahren eine negative Nettozuwanderung.⁵⁸ An diese Angst anknüpfend ist die Verhinderung unerwünschter Zuwanderung ein zentrales Thema der nationalen und der europäischen Migrationspolitik⁵⁹, das unter anderem durch Absprachen und Verträge mit Staaten wie Libyen umgesetzt wird.

Als Reaktion auf die großen Zuwanderungszahlen der 1980er und 90er Jahre haben sich nicht nur die Einschränkungen des Asylrecht, sondern insgesamt Regelungen erhalten bzw. verfestigt, die vor allem der Abwehr von Zuwanderung aus humanitären Gründen dienen. Der Zugang zu Bildung, staatlichen Leistungen und Arbeitsmarkt sowie Familienzusammenführung wurden für Ausländer/innen mit humanitären Status als sogenannte Pull-Faktoren, die Zuwanderungs- und Ansiedlungstendenzen fördern, gewertet und folglich nach Möglichkeit gering gehalten. So unterlagen beispielsweise asylsuchende und geduldete Kinder bis vor kurzem nicht in allen Bundesländern der Schulpflicht. Für asylsuchende Kinder gilt das in den ersten Monaten ihres Aufenthaltes in Niedersachsen⁶⁰, Bayern⁶¹ und Baden-Württemberg⁶² noch heute. Begründet wird dies jeweils damit, dass diese Personen nicht auf Dauer bleiben sollen und durch fortschreitende Integration der Betroffenen eine Abschiebung möglicherweise erschwert oder sogar verhindert würde.⁶³

Eine Folge dieser Politik ist, dass es in Deutschland mittlerweile Ausländergruppen gibt, die sich jahre- oder sogar jahrzehntelang ohne Perspektive in einer Art rechtlichem Niemandsland befinden. Integration ist für sie ausländerrechtlich nicht vorgesehen, eine Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich. Sie wurden bislang in einer Mischung aus ausländerrechtlicher und integrationspolitischer Ausgrenzung und verfestigter Perspektivlosigkeit, (Jugend)-Kriminalität sowie Segregation und archaischen Familienbegriffen weitgehend sich selbst überlassen. Dieser Gruppe gehören überproportional viel in Großstädten lebende Menschen aus dem Libanon und aus der Türkei an. In der öffentlichen Debatte dienen Mitglieder dieser Gruppe oft als Beispiele für gescheiterte Integration,⁶⁴ obwohl die Zahl der Betroffenen relativ klein und sie nicht repräsentativ für andere Ausländergruppen oder gar für ‚die‘ Menschen mit Migrationshintergrund sind.

1999 konnte die CDU im hessischen Wahlkampf noch mit einer Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit punkten, die von vielen als eine Kampagne ‚gegen die Ausländer‘ verstanden wurde.⁶⁵ Die Kampagne „Kinder statt Inder“⁶⁶ der NRW-Union von 2000 scheiterte allerdings. Seit der Jahrtausendwende lässt sich trotz derartiger Kampagnen eine Versachlichung und Neuausrichtung der Debatte sowie der Integrationspolitik feststellen. Die ‚Unabhängige Kommission Zuwanderung‘ lotete im Auftrag der Bundesregierung die Möglichkeiten einer positiven Gestaltung von Zuwanderung und den Bedarf an Integrationsförderung aus. Der im Juli 2001 vorgelegte Bericht regte einen Paradigmenwechsel an.⁶⁷ Eine konkrete Folge war das 2004 nach langen Diskussionen verabschiedete Zuwanderungsgesetz⁶⁸. Die Debatte zu seiner Verabschiedung war allerdings bestimmt von parteipolitischen Auseinandersetzungen, die zu

weitgehenden Eingriffen in das ursprüngliche Konzept des Gesetzes führten. Wie von den Unionsparteien gewünscht,⁶⁹ wurde das Ziel der Zuwanderungsbegrenzung festgeschrieben und am Anwerbestopp festgehalten. Es wurde aber auch erstmals Integrationsförderung als staatliche Pflichtaufgabe gesetzlich festgeschrieben. In der weiteren Entwicklung wurde Integration zunehmend als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aufgegriffen und zur politischen Chefsache erklärt.

Heute stellen Eingewanderte und ihre Nachkommen ca. 20 Prozent der Bevölkerung, über die Hälfte sind Deutsche. Diese Realität zur Kenntnis nehmend hat sich in Politik und Öffentlichkeit die Auffassung, Deutschland sei ein Einwanderungsland und benötige eine daran angepasste Migrations- und Integrationspolitik, weitgehend⁷⁰ durchgesetzt.

Die Schlagzeilen des letzten Jahrzehnts waren selten durch positive Meldungen über Integrationserfolge und gelungenes Zusammenleben bestimmt. Top-Themen in der öffentlichen Diskussion und damit auch Auslöser von Gesetzesverschärfungen waren vielmehr Terror, Kriminalität, Religion und patriarchalische Geschlechterrollen sowie Probleme an Schulen und am Arbeitsmarkt. In Folge islamistischer Terroranschläge u.a. in New York, Madrid und London sowie des Mordes an dem Regisseur Theo van Gogh⁷¹ wurde die Integrationsfähigkeit von Muslim/innen diskutiert und zunehmend grundsätzlich in Frage gestellt. Seit der Veröffentlichung von Necla Keleks *Die fremde Braut* und dem Mord an der Deutsch-Türkin Hatun Sürücü⁷² im Jahr 2005 wird über Zwangsehe und Rollenbilder diskutiert und - die Integrationsfähigkeit von Muslim/innen grundsätzlich in Frage gestellt. Eine der letzten größeren Debatten zur Integrationsthematik löste Anfang 2009 die Studie *Ungenutzte Potenziale - Zur Lage der Integration in Deutschland*⁷³ aus. *Der SPIEGEL* titelte dazu „Für immer Fremd“⁷⁴. Besonders Türken seien schlecht integriert und es bessere sich nur langsam etwas.⁷⁵ In der Rezeption der Studie fehlte allerdings regelmäßig der Hinweis, dass Deutsche ohne Migrationshintergrund bei vielen Indikatoren schlechtere Integrationswerte als bestimmte Migrantengruppen und auch nur bei 6 von 14 Indikatoren die Höchstpunktzahl erreicht haben. Auch so kann Integration diskreditiert werden.

Seit der ‚Sarrazin-Debatte‘ und der Rede des Bundespräsidenten zum 3. Oktober wird nun zum wiederholten Mal über den Stand der Integration und über die Frage, ob „der Islam zu Deutschland gehört“,⁷⁶ diskutiert. Anders als der Bundespräsident, der dies bejaht, lehnen Teile der Politik und eine Mehrheit der Bevölkerung diese These ab.⁷⁷

2 Die aktuelle Diskussion

Zuwanderung und Integration stellen unsere Gesellschaft vor Herausforderungen, die in ihrer Tragweite unterschiedlich beurteilt werden. Die in der aktuellen Debatte immer wieder laut gewordene Behauptung, die Probleme wären seit Jahren schön geredet worden, wer sie offen anspreche würde ausgegrenzt, hält aber einer genaueren Betrachtung nicht stand. Seit Jahren befassen sich Politik, Medien, Kirchen und Verbände öffentlich mit verschiedensten Fragestellungen im Integrationskontext. Seit 2005 gibt es gesetzlich verankert und sanktionsbewehrt sowohl Anspruch wie Pflicht zur Teilnahme an Integrationskursen. Es gab mehrere Integrationsgipfel und einen Nationalen Integrationsplan. Es gibt die regelmäßigen Berichte der Integrationsbeauftragten und des Bundesamtes für Migration und Integration. Und es gibt die Berichte der Bundesagentur für Arbeit und die regelmäßigen Bildungsberichte ebenso wie frei zugänglich die Kriminalitätsstatistiken und die Berichte des Verfassungsschutzes.⁷⁸ Sie alle zeigen vorhandene Probleme auf, zeichnen aber auch ein differenziertes Bild der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Auch in der Wissenschaft wurde das Thema Integration schon seit langem bearbeitet. Und durch die im letzten Jahrzehnt gewachsene politische Relevanz hat auch die Forschung noch mal einen Schub bekommen, der zu einer Vielzahl sehr differenzierter und durchaus auch kritischer Veröffentlichungen führte wie etwa 2006 Stefan Lufts *Abschied von Multikulti*.⁷⁹

Viele Beobachter des Geschehens beklagen zu Recht die oft populistischen Vereinfachungen in vergangenen und der aktuellen Debatte.⁸⁰ Nicht die Defizite und Probleme wurden in der veröffentlichten Meinung unzureichend wahrgenommen, sondern Publikationen wie die Studien zu muslimischen Leben in Deutschland⁸¹, zur Lage der Integration in Deutschland⁸², zu Migranten-Milieus⁸³ oder zur Einwanderungsgesellschaft⁸⁴, die geeignet sind vorhandene Vorurteile zu widerlegen.

Ein Blick auf die Lage der Integration, wie ihn diese Studien und Veröffentlichungen zulassen, offenbart ein differenziertes Bild von den Eingewanderten aber auch von der sogenannten Mehrheitsgesellschaft. Ein Teil der Menschen mit Migrationshintergrund verfügt nicht über zufriedenstellende Kenntnisse der deutschen Sprache – bei der zweiten und dritten Generation sind sie bei ca. 80 % gut bis sehr gut⁸⁵. Auch gibt es in unterschiedlichem Ausmaß Defizite bei der Gleichstellung der Geschlechter. Es ist aber auch belegt, dass es zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bei den Geschlechterbildern im Durchschnitt kaum Abweichungen gibt.⁸⁶ Große Problembereiche sind die Bildungsbenachteiligung sowie unzureichende Arbeitsmarktintegration. Hier spielen Qualifikationsdefizite eine Rolle, aber auch in besonderem Maß soziale Segregation und gesellschaftliche Ausgrenzung. Diese Problembereiche zeigen, dass Handlungsbedarf besteht. Sie lassen sich aber nicht durch vereinfachende, ethnisierende Zuschreibungen zielführend angehen. In Deutschland ist im Vergleich zu anderen Industrienationen die Migrantenpopulation stark „unterschichtet“⁸⁷. Dass sich Bildungschancen zwischen den Schichten in den letzten Jahren nicht angenähert, sondern voneinander entfernt haben und die Schichtzugehörigkeit im Lebenslauf auch mit Blick auf den Arbeitsmarkt ungewöhnlich stabil ist,⁸⁸ betrifft sie deshalb besonders. Es bedürfte also einer besseren Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die diese Mechanismen durchbricht.

Noch vor Erscheinen seines Buchs antwortete Sarrazin auf die Frage, warum er die vorhandenen Integrationserfolge nicht erwähne: „mein Buch würde langweilen, wenn es nur den Integrationsbericht der Regierung nachvollzöge“⁸⁹. Er bediente also bewusst den Medienmechanismus ‚only bad news are good news‘, der auch in diesem Fall funktionierte: In den folgenden Monaten war Integration mehrfach Thema in allen einschlägigen Talkshows, in den Printmedien und in Magazinen wie Report, Monitor oder dem Frühstückfernsehen. Eine Mehrheit der Kommentare warnte dabei vor Rassismus und Islamophobie. Die These von der „gescheiterten Integration“ wurde zumeist nicht hinterfragt, sondern als gegeben genommen.⁹⁰

Im Laufe der Zeit änderte sich die Zielrichtung der Debatte. Es ging zunehmend nicht mehr um die Integration mit ihren Erfolgen und Problemen, sondern um die Frage, wer in Deutschland was sagen darf und in welcher Form.⁹¹ Statt sich mit Inhalten von Integrationspolitik zu befassen, wurde von vielen Publizisten beklagt, dass eine Mehrheit es nicht mehr gewagt habe, ihre persönliche (= negative) Bewertung von Migration und Integration öffentlich zu machen. Auch die Reaktionen auf Sarrazin habe ja bewiesen, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland für Integrationskritiker eingeschränkt sei.⁹² Verantwortlich gemacht dafür wurde und wird ein angebliches Meinungsmonopol linksliberaler Medien, Wissenschaftler/innen und Politiker/innen, das es in der Realität allerdings nicht gibt.⁹³ Die so genannte schweigende Mehrheit hatte und hat zumindest mit der *Bild*, aber auch mit anderen Medien und islamkritischen Publizist/innen immer starke ‚Vertreter/innen‘⁹⁴, die ebenso wie konservative Politiker/innen das Thema Integration äußerst kritisch behandeln.

Immer wieder wurde auch der Vorwurf laut, dass „die Deutschen aus Angst als fremdenfeindlich zu gelten und aus falsch verstandener Toleranz sich zu wenig einmischen“.⁹⁵ Inwieweit dies jeweils zutrifft, muss jede/r für sich selbst entscheiden. Untersuchungen oder Belege, dass diese Angst tatsächlich viele Menschen von einer Meinungsäußerung abhält, gibt es nicht. Kritiker der Integrationsbilanz verwahren sich zu Recht vor einer pauschalen Abqualifizierung als Rassisten. Diejenigen, die zu einer eher positiven Integrationsbilanz kommen und Missstände nicht per se einer Ethnie oder Religion zuschreiben wollen, als „Kreidefresser“⁹⁶ zu diskreditieren oder ihnen Feigheit zu unterstellen, kann in dieser Pauschalität aber auch nicht überzeugen.

gen. Statt derartiger gegenseitiger Diskreditierung und Schuldzuweisungen wäre eine Versachlichung der Debatte von Nöten. „>Wertfreie Wissenschaftlichkeit< kann hier nicht eingefordert werden, aber Slogans, die mit Angstparolen arbeiten, wie mit der drohenden Verdummung Deutschland, wären zu vermeiden“⁹⁷

Das Integrationsklima ist in Folge der Debatte abgekühlt: Anfang 2010 zeigte das Integrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen noch großen Integrationsoptimismus sowohl bei Menschen mit als auch bei Menschen ohne Migrationshintergrund.⁹⁸ Im Sommer 2010 stimmten, nachdem diese Zahl jahrelang rückläufig war, wieder 71 Prozent der Aussage ganz oder teilweise zu, „in Deutschland leben zu viele Ausländer“.⁹⁹ Ob sich in diesem Zeitraum Bewertungen geändert haben oder sich verdrängte Meinungen Bahn brachen, lässt sich nicht ohne weiteres bewerten und muss deshalb offen bleiben. Feststellen lässt sich aber, dass Sarrazin mit seiner Behauptung, dass „das westliche Abendland sich durch die muslimische Immigration ... einer direkten Bedrohung unseres Lebensstils“¹⁰⁰ ausgesetzt sehe und eine islamische „Eroberung durch Fertilität“¹⁰¹ bevorstehe, zwar den Boden sachlicher Argumentation verließ, aber tatsächlich den „emotionalen Kern des Problems“¹⁰² bei weiten Teilen der Bevölkerung, gerade auch der Mittelschicht, traf.¹⁰³ Mit diesem Durchbrechen des angeblichen links-liberalen Meinungskartells war „das Unsagbare (...) sagbar geworden und wer sich vorher nicht getraut hatte, preschte nun vor.“¹⁰⁴ Es wurde deutlich, dass Sozialdarwinismus,¹⁰⁵ Islamfeindlichkeit¹⁰⁶, Rassismus und die Ablehnung von weiterer Zuwanderung bis weit in bürgerliche und intellektuelle Milieus auf Akzeptanz und sogar Zustimmung stoßen.¹⁰⁷ Das Forschungsprojekt „Diskriminierung im Alltag“ durchgeführt von Sinus Sociovision im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes beschrieb die darin zum Ausdruck kommenden Abschottungstendenzen insbesondere der Mittelschicht schon Anfang 2008 und erklärt sie mit Statusproblemen und Abstiegsängsten.¹⁰⁸ Die große Gruppe der Mittelschicht in Deutschland schrumpft, sie ist stärker als in der Vergangenheit vom Risiko eines Abstiegs betroffen¹⁰⁹ – wobei die Angst vor diesem Risiko größer ist als das Risiko selbst.¹¹⁰ Gleichzeitig werden Erfolge von Menschen mit Migrationshintergrund deutlicher und „je näher diese der deutschen Mittelschicht ... gekommen sind, desto mehr rückt diese von ihnen ab“¹¹¹. Vor diesem Hintergrund, der nicht von einem rationalen Umgang mit Erfolgen und Probleme der Integration geprägt ist, könnte die oft eingeforderte, breitere Berichterstattung über erfolgreiche Menschen mit Migrationshintergrund also nicht nur positive Wirkung haben.

Die Umfrageergebnisse und die Vorwürfe, die politische Klasse habe weggesehen bzw. versagt, zeigten in der Politik Wirkung. Wurde zunächst noch auf die eigenen Aktivitäten und auch die Erfolge der letzten Jahre verwiesen, stand bald die angeblich massenhafte Integrationsverweigerung im Fokus. Die Debatte über tatsächlich vorhandene Probleme und Lösungen insbesondere im Bildungsbereich und der Sozialpolitik wurde verdrängt durch die altbekannten Forderungen nach Verschärfungen im Ausländer- und Sozialrecht.

So mahnte etwa der damalige Bundesinnenminister de Maizière zwar eine besonnene Debatte an und wies unter anderem darauf hin, dass einzelne Fehlentwicklungen nicht ohne weiteres auf die ganze Republik übertragen werden dürften.¹¹² Er verwies aber auch auf eine Zahl von ihm so genannter ‚Integrationsverweigerer‘ von 10-15 Prozent, die ins Zentrum der Diskussion und geplanter gesetzgeberischer Aktivitäten rückten. Offen blieb allerdings, woran der Begriff und die Zahl der ‚Integrationsverweigerer‘ überhaupt festgemacht werden. Es fehlt schon die Bezugsgröße für die 10-15 Prozent: Die ca. 15 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland leben? Die ca. 7 Mio. Ausländer/innen? Oder die ca. 90.000 Integrationskursverpflichteten im Jahr 2010, auf die regelmäßig verwiesen wird. Die genaue Zahl der verpflichteten Nichtteilnehmer ist allerdings ebenso unbekannt wie die Gründe, aus denen eine Teilnahme jeweils unterblieb oder ob sie zu einem späteren Zeitpunkt erfolgte.¹¹³ Die Bundesregierung und auch die Länder haben nach eigenen Angaben keine belastbaren Zahlen zum Umfang der Nichtteilnahme an Integrationskursen und zu möglichen Gründen hierfür.¹¹⁴ Entsprechend lehnte die Justizministerin neue Gesetze gegen ‚Integrationsverweigerer‘ zunächst ab. Es müsse

vielmehr genauer hingesehen werden, warum im Einzelfall die Teilnahme an einem Integrationskurs unterbliebe.¹¹⁵ Im Frühjahr 2011 wurden trotzdem Gesetzesänderungen beschlossen, die zusätzliche Sanktionsmöglichkeiten bei Erfolglosigkeit im Integrationskurs¹¹⁶ enthalten.

Ergänzt wird die politische Debatte durch Aussagen zur Zuwanderung, die zumindest dann abzulehnen sei, wenn es sich um Zuwanderung aus der Türkei und arabischen Ländern handle. Damit wird suggeriert, Integrationsprobleme seien durch falsche Zuwanderungspolitik entstanden und durch Rückführung in ‚die Heimat‘ bzw. mehr Zuwanderungskontrolle lösbar.¹¹⁷ Auch die altbekannten Schlagworte von der ‚Zuwanderung in die Sozialhilfe‘ und von der ‚ungeordneten Zuwanderung‘, die es zu verhindern gelte, haben wieder Konjunktur,¹¹⁸ obwohl das Ausländerrecht Zuwanderung nach Deutschland schon jetzt nur unter engen Voraussetzungen zulässt und die Zahlen entsprechend seit Jahren rückläufig sind¹¹⁹.

3 Fazit

Ein wiederkehrender Vorwurf gegen Menschen mit Migrationshintergrund ist, sie seien nicht bereit „unsere Werte“ insbesondere des Grundgesetzes zu akzeptieren. Feststellbar ist zwar, dass im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil tatsächlich ein größerer Anteil zu extremen Ansichten neigt, insgesamt aber auch die Geneigtheit zu Islamismus und sonstigem Extremismus unter einem Promille liegt.¹²⁰ Dennoch wird pauschal gefordert, dass „Muslime unsere Werte und Gesetze beachten“ sollten¹²¹ – obwohl die Mehrheit eben dies bereits tut.¹²² Andererseits sollen die Werte des Grundgesetzes, zu denen auch der Schutz von Ehen und Familien mit ausländischen Familienmitgliedern zählt oder die Religionsfreiheit oder die Handlungsfreiheit von Muslimen, für sie nur bedingt gelten. In einer Umfrage plädierten Ende 2010 60 Prozent dafür, die Religionsfreiheit von Muslimen einzuschränken.¹²³ Wenn das Grundgesetz weitere Verschärfungen des Ausländer- und des Sozialrechtes im Wege stünde, müsse es eben geändert werden.¹²⁴ So entsteht die Situation, dass die Beachtung der Werte einseitig nur von Menschen mit Migrationshintergrund eingefordert wird. Für sie muss aber die gleiche Freiheit gelten wie für Sarrazin und andere Diskutanten, die bis zu einem bestimmten Maß auch einen ignoranten Umgang mit dem Grundgesetz zulässt. Vor diesem Hintergrund ist dem früheren Verfassungsrichter Böckenförde zuzustimmen: Migrant/innen sollten keine Wertebekennnisse ablegen müssen. Es geht lediglich darum, dass sie das deutsche Recht akzeptieren und Gesetze einhalten. Innere Vorbehalte sind zu akzeptieren.¹²⁵

Statt Scheindebatten über Einwanderung zu führen, die gar nicht stattfindet, muss die ernsthafte Auseinandersetzung mit den real existierenden Problemen des täglichen Zusammenlebens und der Integration wieder aufgenommen werden. Sonst besteht die Gefahr, dass auch nachdem sich die aktuelle Debatte wieder gelegt hat, eine Unzufriedenheit bestehen bleibt, die sich aus tatsächlichen und imaginären Alltagserfahrungen und einem sich auch in anderen Kontexten ausbreitenden Gefühl speist, seitens „der Politik“ nicht ernst genommen zu werden. Es ist aber auch darauf zu achten, Integration nicht auf Probleme zu reduzieren. Erfolge hervorzuheben und Normalität zu beschreiben, heißt nicht Probleme zu leugnen oder Tabus aufzubauen, sondern ermöglicht erst, die Probleme zu werten ohne sie zu über- oder unterschätzen. Wer ständig vom Scheitern der Integration spricht, bauscht die vorhandenen Probleme auf und lässt sie schier unlösbar erscheinen. Es gilt stattdessen den Scheinriesen „Integrationsproblem“ aus der Nähe zu betrachten und sich gesellschafts- und sozialpolitischen Fragen zu stellen. Die Gesellschaft in Deutschland ist zunehmend durch eine Kluft zwischen Arm und Reich geprägt. Nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund sondern auch Behinderte, Langzeitarbeitslose und kinderreiche Familien sind zu wenig integriert.¹²⁶ Diese gesellschaftspolitischen und die sozialen Probleme in unserem Land müssen diskutiert werden – sachlich und ohne Andere zu beleidigen oder auszugrenzen¹²⁷.

Endnoten

- ¹ Sammlungen von pro und contra u.a.: Bellers (Hg.), Zur Sache Sarrazin, Berlin 2010; Deutschlandstiftung Integration (Hg.), Sarrazin – Eine deutsche Debatte, München 2010
- ² Giordano, Wider die Kreidefresser, Die Welt vom 4.9.2010 = Ein Stoß ins Herz der Political Correctness, Welt-Online, 4.9.2010
- ³ Zitiert nach: Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S. 223
- ⁴ Schönwälder, Einwanderung und Pluralität – Politische Entscheidungen und Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Berlin 2001, S. 200
- ⁵ Schönwälder (Fn. 4), S. 157 ff. [180].
- ⁶ Schönwälder (Fn. 4), S. 184 f.
- ⁷ Schönwälder (Fn. 4), S. 197
- ⁸ Schönwälder (Fn. 4), S. 186 ff., 194 ff.
- ⁹ Schönwälder (Fn. 4), S. 196
- ¹⁰ Schönwälder (Fn. 4), S. 196 ff.; Herbert (Fn. 3), S. 224 ff.
- ¹¹ Schönwälder (Fn. 4), S. 288
- ¹² Zitiert nach: Schönwälder (Fn. 4), S. 203 f.
- ¹³ Stehlin, Deutsches Industrieinstitut, Vortragsreihe. Jg. 16, 1966., Nr. 17. Der ausländische Arbeitnehmer in unserer Gesellschaftsordnung.
- ¹⁴ Schönwälder (Fn. 4), S. 298 ff.
- ¹⁵ Schönwälder (Fn. 4), S. 320
- ¹⁶ Schönwälder (Fn. 4), S. 605
- ¹⁷ Schönwälder (Fn. 4), S. 609
- ¹⁸ Von Mai 1968 bis zum 30. März 1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.
- ¹⁹ Schönwälder (Fn. 4), S. 612, 621
- ²⁰ Schönwälder (Fn. 4), S. 621
- ²¹ Schönwälder (Fn. 4), S. 601 ff [629]
- ²² Kühn-Memorandum, September 1979, S. 2
- ²³ Kühn-Memorandum (Fn. 22), S. 2
- ²⁴ Kühn-Memorandum (Fn. 22), S. 2 f.
- ²⁵ Kühn-Memorandum (Fn. 22), S. 12
- ²⁶ Kühn-Memorandum (Fn. 22), S. 16 ff.
- ²⁷ Kühn-Memorandum (Fn. 22), S. 56
- ²⁸ Luft, Staat und Migration, Zur Steuerbarkeit von Zuwanderung und Integration, Frankfurt/M. 2009, S. 81 ff.; Renner, Ausländerrecht in Deutschland, München 1998, S. 32; Herbert (Fn. 3), S. 253 ff.
- ²⁹ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.), Ausländerzahlen 2009, Nürnberg 31.12.2009, S. 6
- ³⁰ Luft, (Fn. 28), S. 76
- ³¹ Ausländerzahlen 2009 (Fn. 29), S. 6
- ³² Herbert (Fn. 3), S. 252 f.; Ausländer: „Schmerzhafte Grenze gezogen“, Der Spiegel Nr. 50/1981, S. 24; Renner, Ausländerrecht – Kommentar, München 2005, S. 1
- ³³ Einwanderungsland Deutschland I – V, Der Spiegel 7-11/1989
- ³⁴ Der Spiegel 9/1989, S. 70
- ³⁵ Der Spiegel 7/1989, S. 26 ff
- ³⁶ Der Spiegel 8/1989, S. 72
- ³⁷ Der Spiegel 9/1989, S. 70 ff.
- ³⁸ Der Spiegel 10/1989, S. 86
- ³⁹ Der Spiegel 10/1989 S. 97
- ⁴⁰ Der Spiegel 10/1989 S. 100
- ⁴¹ Herbert (Fn. 3), S. 263 ff., 286 ff.
- ⁴² Der Spiegel Nr. 50/1981, S. 26
- ⁴³ Der Spiegel Nr. 50/1981, S. 26 f.
- ⁴⁴ Welt am Sonntag Nr. 47/1988 (20.11.88), S. 13. Gegenrede in: Die Zeit Ausgabe 49/1988 v. 02. Dezember 1988, Zeitlese
- ⁴⁵ Bei Google fanden sich am 11.1.2011 12.300 einschlägige Treffer
- ⁴⁶ Der Begriff wird gemeinhin Edmund Stoiber zugeschrieben. Der Spiegel 7/1989, S. 28
- ⁴⁷ Unwort des Jahres 1993
- ⁴⁸ Zur Ausländerpolitik der Regierung Kohl: Herbert (Fn. 3), S. 249 ff.
- ⁴⁹ Der Spiegel 7/1989, S. 28 f.
- ⁵⁰ Der Spiegel 7/1989, S. 29; Herbert (Fn. 3), S. 251 ff.; Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands – aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle, FES (Hg.), WISO Diskurs November 2010
- ⁵¹ Herbert (Fn. 3), S. 298 ff.

-
- ⁵² Der Spiegel 6/1989, S. 19 f.; Der Spiegel 7/1989, S. 30
- ⁵³ Der Spiegel 6/1989, S. 16 ff. [16]
- ⁵⁴ <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/IB/AmtUndPerson/cornelia-schmalz-jacobsen.html>
- ⁵⁵ Nuschler, Flucht und Asyl, Wiesbaden 2004, S. 21; Wehrhöfer, Das Ende der Gemütlichkeit - Ethnisierung im deutschen Migrationsdiskurs nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Blaue Reihe der TU Braunschweig Nr. 23, November 1997, S. 45 ff.
- ⁵⁶ So der Titel der Spiegel-Ausgabe 37/1991 v. 9.9.1991 mit der Darstellung eines Europa-Dampfers, der von Migrant/innen in Piratenmanier geentert wird.
- ⁵⁷ Weniger als 1 Prozent der Afrikaner war 2009 nach Europa auswandert (DGVN (Hg.), Bericht über die menschliche Entwicklung 2009, Berlin 2009, S. 2). 100 der 188 Mio. Migranten weltweit kamen 2010 aus Nordamerika oder Europa, lediglich 19,3 Mio. aus Afrika (DGVN (Hg.), Bericht über die menschliche Entwicklung 2009, Berlin 2009, S. 38). 2008 zählte der UNHCR 42 Millionen „displaced persons“. Davon waren 15,2 Millionen ins Ausland geflüchtet. In der EU lebten 1,6 Millionen Flüchtlinge.
- ⁵⁸ Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung, Berlin/Nürnberg 2010, S. 251
- ⁵⁹ vgl. u.a.: Europäischer Pakt zu Einwanderung und Asyl, Brüssel 24. September 2008
- ⁶⁰ Brockmann/Littmann/Schippmann, Niedersächsisches Schulgesetz Kommentar, § 63 S. 13
- ⁶¹ Art. 35 Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG)
- ⁶² § 72 Schulgesetz für Baden-Württemberg, geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. November 2008 (GBl. S. 387)
- ⁶³ So etwa der damalige Innenminister Schäuble im Rahmen des Kongress des Deutschen Caritasverbandes, „Integration konkret: Vielfalt, Chancen und Visionen einer Einwanderungsgesellschaft“, 6. bis 8. Dezember 2006
- ⁶⁴ Exemplarisch: Reich/Gezer, Lange hier und doch nicht da, Stern 14/2009, S. 38 ff.
- ⁶⁵ Geis, Die bellen doch nur - Doppelpass, Jugendgewalt, Hartz-IV-Kritik: Eine kleine Geschichte des zeitgenössischen Populismus, Zeit-Online 25. Februar 2010
- ⁶⁶ Wahlkämpfer Rüttgers verteidigt Äußerung "Kinder statt Inder", Berliner Zeitung v. 10.3.2000
- ⁶⁷ Bericht der Unabhängigen Kommission "Zuwanderung", Zuwanderung gestalten – Integration fördern, Berlin 4.7.2001: www.spiegel.de/media/0,4906,2915,00.pdf
- ⁶⁸ Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) v. 30. Juli 2004, BGBl. I 2004 S. 1950 ff.
- ⁶⁹ CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages: Antrag vom 2. Mai 2003 zur 12. Sitzung des Innenausschusses am 7. Mai 2004.
- ⁷⁰ Konservative Politiker(innen) tun sich teilweise immer noch schwer: Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Volker Bouffier stellte erst vor kurzem wieder in einem Interview fest: „Wir haben Einwanderung, aber Deutschland ist kein Einwanderungsland“: CDU-Vize: Deutschland ist kein Einwanderungsland, Hamburger Abendblatt v. 25.11.2010, <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article1706666/CDU-Vize-Deutschland-ist-kein-Einwanderungsland.html>. Die CSU hat jüngst erneut diskutiert, ob Deutschland nun gar kein oder nur „kein klassisches Zuwanderungsland“ sei (CSU-Parteitag am 29. und 30. Oktober 2010: Beratung und Beschlussfassung zur Integrationspolitik am 30.10.2010); 7-Punkte-Integrationsplan - Für ein soziales Miteinander und gemeinsame Werte in Deutschland, Beschluss des Parteitags der Christlich-Sozialen Union am 29./30. Oktober 2010 in München, S. 2.
- ⁷¹ Wurde am 2. November 2004 von einem 26-jährigen Islamisten mit niederländischer und marokkanischer Staatsbürgerschaft mitten in der Innenstadt von Amsterdam ermordet.
- ⁷² Zum sogenannten ‚Berliner Ehrenmord‘: Berliner gedenken der ermordeten Hatun Sürücü, Berliner Morgenpost v. 6.2.2010
- ⁷³ Studie des Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Ungenutzte Potenziale - Zur Lage der Integration in Deutschland, Berlin 2009. Die Studie wurde am 26.1.2009 mit einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Schon vorher war es auf Grund einer Vorveröffentlichung im Spiegel zu Reaktionen in Presse und Politik gekommen.
- ⁷⁴ Der Spiegel 5/2009, S. 32
- ⁷⁵ Der Spiegel 5/2009, S. 32 ff.
- ⁷⁶ „Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern“ Rede von Bundespräsident Christian Wulff zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 in Bremen: „Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ (<http://www.bundespraesident.de/-,2.667040/Rede-von-Bundespraesident-Chri.htm>)
- ⁷⁷ Spiegel online v. 6.3.2011, Islam-Debatte - Warum der Minister recht hat, Ein Debattenbeitrag von Matthias Matussek
- ⁷⁸ Eine Übersicht ist zu finden unter: <http://www.heyamat.hu-berlin.de/links>
- ⁷⁹ Luft, Multikulti - Wege aus der Integrationskrise, Gräfelting 2007
- ⁸⁰ Kuzmany, Tausendmal debattiert, tausendmal nichts passiert, Spiegel-Online v. 13.10.2010; Prantl, Die Sarrazin-Debatte zeigt: Wer in Deutschland über integration redet, spricht lieber über Defizite als über Erfolge, SZ 11.9.2010, S. V2/1
- ⁸¹ Bundesamt für Migration und Integration (Hg.), Muslimischen Leben in Deutschland, Juni 2009

-
- ⁸² Berlin-Institut, Ungenutzte Potentiale - Zur Lage der Integration in Deutschland, Berlin 2009
- ⁸³ Sinus Migranten-Milieus: <http://www.caritas.de/57940.html>; Wippermann, Carsten, Migranten-Milieus - Lebenswelten und Werte von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Sozialwissenschaftliche Repräsentativuntersuchung von Sinus Sociovision, BMFSFJ (Hg.), Oktober 2008
- ⁸⁴ Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen, Jahresgutachten mit Integrationsbarometer, Berlin 2010
- ⁸⁵ Foroutan/Schäfer/Canan/Schwarze, Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand, Berlin Dezember 2010, S. 33 f.
- ⁸⁶ Ausführlich: Lebenswelten und Werte von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Sozialwissenschaftliche Repräsentativuntersuchung von Sinus Sociovision für das BMFSFJ, Abteilung 4 Gleichstellung, Oktober 2008; Zuletzt: Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Vergleich von Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund, Umfrage der Bertelsmann Stiftung, Dezember 2010, www.bertelsmann-stiftung.de
- ⁸⁷ Geißler (Fn. 50), S. 31
- ⁸⁸ Geißler (Fn. 50), S. 39
- ⁸⁹ Welt-Online, Interview in der Welt am Sonntag v. 29.8.2010
- ⁹⁰ Als Beispiel kann der Spiegel dienen, der zwischen Ablehnung, Zustimmung und dem Bedienen von Vorurteilen hin und her (sch)wankt: Deutschland Deine Amokläufer, Der Spiegel, 35/2010, S. 125 ff.; Es gibt viele Sarrazins, Der Spiegel, 36/2010, S. 22 ff.; Titel Der Spiegel 37/2010: Das Staatsversagen - Warum Deutschland an der Integration scheiterte; Bündnis der Weggucker, Der Spiegel, 37/2010, S. 21 ff.; Rechtsaußen in der Mitte, Der Spiegel, 38/2010, S. 38 ff
- ⁹¹ Vgl. Kepplinger, Die gescheiterte Skandalisierung von Thilo Sarrazin, in: Bellers (Fn. 1), S. 19 ff. [S. 27 ff]; Porsche-Ludwig, Sarrazin und die Verletzung der Meinungsfreiheit, in Bellers (Fn. 1), S. 39 ff;
- ⁹² u.a.: Kelek, Misik, Seegers., Kohler, Broder, Seeligmann, Matussek, Dohnanyi, Köppel, Kohler, Prantl, Schirrmacher, jeweils in: Sarrazin – Eine deutsche Debatte (Fn. 1), S. 37, 53, 57, 86, 90, 111, 124, 128, 137, 157, 160, 197
- ⁹³ Kepplinger (Fn. 91), S. 30; Hebel, in: Sarrazin – Eine deutsche Debatte (Fn. 1), S. 69 f.
- ⁹⁴ Bade, Von der Arbeitswanderung zur Einwanderungsgesellschaft, ZAR 1/2010, S. 8
- ⁹⁵ Zwangsehen sind wie ein Tumor - Frauenrechtlerin Seyran Ates kritisiert Multikulti und türkischen Rassismus gegenüber Deutschen, FOCUS Magazin Nr. 13/2005, S. 40
- ⁹⁶ Giordano, Ein Stoß ins Herz der Political Correctness, in Bellers (Fn. 1), S. 16
- ⁹⁷ Schedewy, Gesellschaftliche Realität und Wissenschaft, in Bellers: (Fn. 1), S. 201
- ⁹⁸ Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen, Jahresgutachten mit Integrationsbarometer, Berlin 2010, S. 32 ff.
- ⁹⁹ Volkssolidarität Bundesverband (Hg.), Sozialreport 2010: Daten und Fakten zur sozialen Lage 20 Jahre nach der Vereinigung - 1990 bis 2010, S. 50
- ¹⁰⁰ Sarrazin, Deutschland schafft sich ab (1. Auflage), München 2010, S. 266, 308
- ¹⁰¹ Sarrazin (Fn.100), S. 316 ff.
- ¹⁰² Sarrazin (Fn.100), S. 266
- ¹⁰³ Vgl. auch Welzer: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-09/sarrazin-demokratie-partizipation>; Cremer, Stellungnahme zu Aussagen von Thilo Sarrazin, Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank, Deutsches Institut für Menschenrechte, <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/newsletter/newsletter-september-2010.html#c5568>
- ¹⁰⁴ Kepplinger (Fn. 91), S. 30
- ¹⁰⁵ Decker/Weißmann/Kiess/Brähler, Die Mitte in der Krise, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Berlin 2010, S. 93
- ¹⁰⁶ DeutschlandTrend im ARD-Morgenmagazin vom 14.10.2010; ARD-Umfrage zeigt Zunahme von Islamfeindlichkeit, Spiegel online 11.10.2010; Decker/Weißmann/Kiess/Brähler (Fn. 105), Berlin 2010, S. 134
- ¹⁰⁷ Fleischhauer, Da sind wieder vier in Kopftüchern, Der Spiegel 51/2010, S. 45
- ¹⁰⁸ Diskriminierung im Alltag – Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft – Abschlussbericht, Berlin 2008, S. 86 ff.
- ¹⁰⁹ Geißler (Fn. 50), S. 24, 26 ff.
- ¹¹⁰ Geißler (Fn. 50), S. 28
- ¹¹¹ Bax, in: Sarrazin – Eine deutsche Debatte (Fn. 1), S. 120
- ¹¹² Thomas de Maiziere zur Integration: Fehlentwicklung so nur in Berlin, Tagesspiegel v. 25.10.2010
- ¹¹³ Die Gründe für die Nicht-Teilnahme bzw. den Abbruch sind vielfältig (Schwangerschaft, Jobannahme, Krankheit, Umzug etc.) und rechtfertigen in der Regel nicht von Verweigerung zu sprechen. Zahlen zu den einzelnen Gründen liegen nicht vor, eine zahlenmäßige Aussage über „Verweigerer“ ist auf Basis des statistischen Materials des BAMF nicht möglich.
- ¹¹⁴ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Jan Korte, Ulla Jelpke, Ulrich Maurer, Wolfgang Neskovic, Petra Pau, Jens Petermann, Frank Tempel und der Fraktion DIE LINKE, BT-Drs. 17/3147; Länderumfrage zur Sanktionierung integrationswidrigen Verhaltens, BT-Ausschussdrucksache 17(4)140. Wie der Innenminister auf 10-15 Prozent Integrationsverweigerer kommt, ist mithin nicht nachvollziehbar und wurde von ihm bislang nicht erläutert.
- ¹¹⁵ Leutheusser-Schnarrenberger gegen schärfere Strafen für Integrationsverweigerer, www.news-adhoc.com, Pressemeldung v. 21.10.2010

¹¹⁶ Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften (Dr. 17/4401, 17/5093)

¹¹⁷ Horst Seehofer - Kampfansage an Schmarotzer und Zuwanderer, Fokus-Online, 9.10.2010

¹¹⁸ Siehe u.a. „7-Punkte-Integrationsplan“ der CSU v. 30.10.2010

¹¹⁹ Migrationsbericht (Fn. 58), S. 251

¹²⁰ Das linksextremistische Personenpotenzial in Deutschland lag 2009 bei 31.600, das rechtsextreme bei 26.600 Personen, das Islamismuspotential bei 36.270 Mitgliedern/Anhängern, das Mitgliederpotenzial extremistischer Ausländerorganisationen (ohne Islamismus) bei 24.710. Verfassungsschutzbericht 2009, S. 58, 148, 216, 286

¹²¹ Spiegel 34/2010, S. 138

¹²² Foroutan/Schäfer/Canan/Schwarze, Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand, Berlin Dezember 2010, S. 48 ff.; BMI (Hg.), Polizeiliche Kriminalstatistik 2009: Berlin Mai 2010, S. 10: Zwischen 1998 und 2008 wurde ein Rückgang bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen registriert. „Die seit langem in Deutschland lebenden und beruflich integrierten Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit spielen im Kriminalitätsgeschehen Deutschlands eine eher geringe Rolle“: S. 11

¹²³ Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Die Mitte in der Krise, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Bonn 2010, S. 134

¹²⁴ Thilo Sarrazin: „Das deutsche Sozial – und Ausländerrecht muss entsprechend geändert werden. ...nichts ist alberner als der Hinweis, dieses oder jenes sei rechtlich nicht möglich. ... Das Grundgesetz ist schon für weitaus unbedeutendere Fragen geändert worden“ (Spiegel 34/2010, S. 140)

¹²⁵ KNA v. 20.10.2010: Böckenförde: Migranten müssen keine Wertebekennnisse ablegen

¹²⁶ KNA v. 6.9.2010: Schick: Sarrazin soll sich von seinen Äußerungen distanzieren.

¹²⁷ Grußwort von Bischof Norbert Trelle (Hildesheim) bei der 3. Tagung der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, 7.11.2010